

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Reformarbeiten.

Ersteinstellung mit Ausnahme des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Sonntag, 9. November 1924.

Nr. 263.

Nationalpartei und Nationalsozialisten.

Seit der Erhebung der zarten Herz-beziehungen zwischen der Deutschen Nationalpartei und den Nationalsozialisten, die so innig waren, daß beide aus einem gemeinsamen Wahlfond speisten, will es den Nationalsozialisten fast das Herz abdrücken. Wie war so fröhlich die Pürsch, wenn sie gemeinsam, die bürgerlich-kapitalistische und die „Arbeiter“-Partei, auf die Wählerjagd auszogen und sich einträchtig in die Beute teilen konnten! Ein gemeinsamer Wahlfond, von den zahlungssträchtigen Fabrikanten-Wohlfühlgenossen beigegeben, lieferte ihnen Ägung und Munition. Aber es kam ein Tag, da ein Grenzstreit, ein Streit um die Beute, ausbrach und mit der innigen Freundschaft war es vorbei. Während der letzten Monate konnten sie sich nicht auf den Namen kommen, so erbst waren sie gegeneinander. Die Nationalsozialisten sagten der Nationalpartei nach, daß ihr jedes soziale Verständnis fehle, kein Herz für die bedürftigen Volksgenossen bestünde, nur dem Geldsack huldige und unter den nationalen „Belangen“ des deutschen Volkes so haufe, wie der Elefant im Porzellanladen. Singsogen erzählten die Nationalparteilerner von den Nationalsozialisten, daß sie ja doch nur Deutschgelbe seien, die am besten von Arbeiterinteressen gar nicht reden sollen und die das deutsche Volk schmachlich verraten haben. Und als bei der Verhandlung der Sozialversicherungsfrage im Parlament die Nationalpartei gegen die Vorlage stimmte und ihre nationalsozialistischen Schmutzkonkurrenten ihr daraus einen Strich zu drehen suchten, da war die Bangmut der Nationalparteilerner zu Ende und sie mahnten ihre früheren Vasallen öffentlich um die Bezahlung ihrer Schulden an den deutschnationalen Wahlfonds ein, Schulden, deren Eintreibung wohl niemals versucht worden wäre, wenn die Nationalsozialisten hübsch brav an der Stange geblieben wären.

Den Nationalsozialisten bangt nun, daß sich ähnliches wiederholen könnte, denn aus Andeutungen in der deutschnationalen Presse ist zu ersehen, daß es von den Nationalsozialisten noch manches zu erzählen gäbe, über sie noch manche Enthüllung darüber, was für eine „Arbeiterpartei“ sie sind, zu machen wäre. Darum suchen sie sich den Nationalparteilern anzuhängen, suchen ihnen nahezu legen, daß es doch besser wäre, wenn sie es miteinander wieder versuchen würden und erklären sich für ihren Teil gerne bereit, auf alles ihnen zugefügte Böse gerne vergessen zu wollen, wenn die Nationalparteilerner so gnädig wären, mit ihnen den gemeinsamen Haushalt wieder aufzunehmen. Schon vor einiger Zeit hat der Abgeordnete Jung in einer Rede die deutschnationale Fabrikantenpartei wissen gemacht, daß die Deutschgelben jeden Augenblick bereit sind, ihnen die „Bruderhand“ zur Versöhnung zu reichen. Wie sollen es die einen ohne die andern aushalten, da sie ja doch zusammen gehören und der „Sozialismus“ der Deutschgelben der nachhaften Fleischtöpfe der Nationalparteilerner so dringend bedarf.

Jetzt bemüht sich auch der „Lag“, die Versöhnungsversuche fortzusetzen und er ruft: Können wir denn miteinander nicht gut sein? Müßen denn gewisse Spannungen zwischen uns bestehen? Ausführlich bemüht sich das nationalsozialistische Blatt zu beweisen, daß seine Partei von der deutschnationalen Unternehmerpartei eigentlich nur durch eine papierbüchse Wand getrennt sei. Die Nationalpartei ist nach nationalsozialistischer Kennzeichnung eine „Fabrikantenpartei“, doch was verschlägt das, die Mannen der Knirsch, Jung und Konsorten sind dennoch jeden Augenblick bereit, ihr die „Bruderhand“ hinzustrecken! Die Nationalpartei ist die giftigste und bornierteste Gegnerin jeder sozialpolitischen Reform und aller Bestrebungen der Arbeiterschaft überhaupt, sie hat

Der erste Streiktag.

Die Organisation klapp! — Die Approximierung Wiens übergeleitet. Seipel „gegen den Geist“ des Streikes.

Wien, 8. November. (Eigenbericht.) Der Streik der Eisenbahner ist heute vollständig; nur auf den Privatbahnen wurde gearbeitet. Da die Generaldirektion der Bundesbahnen zurückgetreten ist, so führt die Geschäfte der Vizepräsident Schmejlal, welcher zugleich Obmann der freien Gewerkschaften ist. Dieser hat sich nun heute bemüht, den Vorstand der Generaldirektion zu veranlassen, auf Grund eines neu auszuarbeitenden Vorschlages die abgetroffenen Verhandlungen mit den Organisationen wieder aufzunehmen. Zugleich hat er sich auch an die Zentralstreikleitung gewendet, um im Einvernehmen mit ihr alle Maßnahmen zu treffen, um zunächst die Approximierung von Wien zu ermöglichen und andererseits für Arbeiter und Angestellte, welche in ihren Arbeitsort fahren, einen Notverkehr einzurichten. Es wurde dementsprechend eine Reihe Arbeiterzüge in Betrieb gelassen und auch dafür gesorgt, daß Rüge mit leicht verderblichen Lebensmitteln befördert werden, Kohlenzüge jedoch nicht.

Im Laufe des heutigen Tages trat der Präsident des Nationalrates an die Generaldirektion mit dem Ersuchen heran, dafür Sorge zu treffen, daß zu der für Dienstag einberufenen Sitzung des Nationalrates die Nationalräte eventuell in

Sonderzügen nach Wien befördert würden. Die Generaldirektion hat dieses Ersuchen an die Zentralstreikleitung weitergegeben, die sich sofort bereit erklärte, diesem Ersuchen Folge zu leisten.

Der Generalpostdirektor hat sich an die Personalvertretung der Postbediensteten gewendet, um deren Zustimmung zu erhalten, daß der Brief- und Zeitungsverkehr ins Ausland und aus dem Auslande durch Automobile ermöglicht werde. Die Personalvertretung hat sich an die Streikleitung der Eisenbahner gewendet, welche ihre Zustimmung hierzu erteilte.

Der demissionierte Bundeskanzler hat heute in einer Presskonferenz erklärt, die Regierung sei nicht gegen die Forderungen der Bahnbeamten gewesen, sondern sie habe sich nur „gegen den Geist“ gewendet, dem diese Forderungen entsprangen. Es müsse auch den Bundesbahnangehörigen klar gemacht werden, daß die Sanierung nicht fördern dürfen. Die Regierung würde ihre Wiederwahl davon abhängig machen, daß Garantien gegeben werden, welche die unge störte Fortführung der Sanierung ermöglichen. Diese letztere Bemerkung richtet sich offenbar gegen die Großdeutschen und will sie veranlassen, auf ihre Eisenbahner einzutreten, daß sie vom Streike abtrüden.

Wien, 8. November. (R. B.) Nach den von der Eisenbahnergewerkschaft ausgegebenen Weisungen begann der Streik um Mitternacht. Die bis dahin in Fahrt begriffenen Züge wurden bis zu ihrem Endziele geführt. Neue Reisende wurden jedoch nach Mitternacht nicht aufgenommen. Lebensmittel, lebende und leicht verderbliche Sendungen werden befördert. Elektrische Krastanlagen und Wasserwerke bleiben in Betrieb.

Änderungen in unserem Zugsverkehr.

Prag, 8. November. Das Eisenbahnministerium teilt mit: Wegen des Ausbruchs des Streiks auf den österreichischen Bundesbahnen

haben mit 8. November beginnend, bis zur Beendigung des Streikes, die Schnellzüge Nr. 37 und 38 ihre End- bzw. Ausgangstation in Znaim, die Schnellzüge Nr. 61 und 62 in Mezimostí-Besky, die Schnellzüge Nr. 17, 18, 57 und 58 in Budweis und die Schnellzüge Nr. 95 und 96 in Přeštiburg. Die übrigen Schnellzüge gehen bis zur Grenzstation und zurück.

Die Entwicklung an die reichsdeutschen Eisenbahner.

Berlin, 8. November. (Eigenbericht.) Die Nachricht von dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks in Oesterreich hat auch in Deutschland

wertet, sondern alle Menschen, die sich durch das umgehängte „sozialistische“ Mäntelchen nicht täuschen lassen und die Deutschgelben können sicher sein, daß ihnen diese Einschätzung ihres wahren Charakters auch erhalten bleibt. Solange sie in Wirklichkeit nichts anderes sind, als die Avantgarde der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion.

Der „Lag“ bittet die Nationalpartei, sich doch wieder mit den Nationalsozialisten auf guten Fuß zu stellen und nicht zu glauben, sie wären „verschämte Marxisten“. Die Nationalsozialisten haben den Streit nicht von Raune gebrochen und werden ihn auch nicht schüren.“ Nach Abgabe dieses feierlichen Versprechens steht nun der Vereinigung und Ausöhnung hoffentlich nichts mehr im Wege. Was von Natur so gut zusammengefügt ist, das soll der Mensch nicht trennen. Die auf die Verleumdung der Befreiungsbefrebungen der Arbeiterschaft, auf die Anklaffung der Sozialdemokratie und auf die Goldnechtschaft zur deutschen Besitzklasse eingestellten Nationalsozialisten — wie unbehaglich muß ihnen in der Rolle der Feindschaft gegen die deutschnationale Fabrikantenpartei zu Mute gewesen sein! Besonders jetzt, da die Möglichkeit von Neuwahlen für das Parlament näherrückt, ist für sie dieser Zustand unerträglich. Die plötzlich eingeforderten Wahlschulden vom letztenmale sind noch nicht bezahlt, wie soll bei neuen Wahlen der Nationalsozialismus gedeihen, wenn er auf die deutschbürgerlichen Geldstränke nicht rechnen kann! Es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich die jetzt noch Entzweiten wiederfinden. Und es ist gut so. Wenn die deutschgelbe „Arbeiter“-Partei und die bürgerliche Nationalpartei wieder gemeinsam zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie antreten werden, dann wird die deutsche Arbeiterschaft klar sehen, wen sie vor sich hat!

Der haidauer Glasarbeiterstreik.

Haida, 8. November. (Eigenbericht.) Die Hoffnungen der Unternehmerorganisation, daß der Streik infolge der großen Heimindustrie zusammenbrechen wird, haben sich nicht erfüllt und es geht der Streik nun schon die dritte Woche in gleicher Form weiter. 59 Firmen haben sich bereits mit den Gewerkschaften durch Anerkennung ihrer Forderungen ausgeglichen und es wurde infolgedessen etwa 600 Arbeitern die Arbeitnahme gestattet. Die Zahl der Streikenden beträgt gegen 90, welche Zahl durch die eigenartige Struktur der Produktion erklärt wird. Der Verband der nordböhmischen Glasindustriellen hatte bis jetzt jede Verhandlung rundweg abgelehnt und verlangte zuerst die Arbeitsaufnahme. Die Vertreter der Gewerkschaften hatten infolge dessen mit dem Minister Hobermann eine Unterredung, in deren Verlauf sie ihm die Situation des Kampfes auseinandersetzten, wobei insbesondere auf die große Gefahr der Abwanderung der Glasarbeiter aus dem Streikgebiet hingewiesen worden ist, da bereits mehr als hundert Arbeiter sich anderwärts Posten gesucht haben und lange Zeit für die haidauer Industrie verloren sein dürften. Mit Hilfe der Behörden ist es gelungen, für den 11. ds. M. eine unverbändliche Aussprache der Organisationsvertreter zu ermöglichen. Sollte dabei keine Grundlage für Verhandlungen gefunden werden, ist es möglich, daß entweder eine Verschärfung der gegenwärtigen Kampfesform erfolgt oder eine Umstellung der Kampfstrategie durchgeführt wird. Im letzteren Falle ist mit einem lange andauernden Kleinkampfe unter Anwendung noch vorhandener Pressionsmittel zu rechnen.

große Erregung unter den Eisenbahnern hervorgerufen. Ihre Organisationen stehen schon seit geraumer Zeit mit der Reichsbahngesellschaft in Unterhandlungen wegen einer angemessenen Lohnerhöhung, ohne bei dieser bisher ein entsprechendes Entgegenkommen gefunden zu haben. Ein Berliner Spätabendblatt behauptet, daß in den nächsten Tagen auch in Deutschland mit Teilstreiks gerechnet werden müsse. Das ist allerdings übertrieben, doch ist die Lage außerordentlich ernst. Die Hauptvorstände der Eisenbahnerorganisationen haben daher ihre Vertreter aus dem Reich für den nächsten Montag nach Berlin zu einer Besprechung einberufen.

Keine Auflösung des sächsischen Landtages.

Dresden, 8. November. Der sächsische Landtag lehnte heute nach langer und teilweise sehr heftiger Aussprache den deutschnationalen und kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages mit 50 volksparteilichen, demokratischen und rechtssozialistischen Stimmen gegen 43 deutschnationale, kommunistische und linkssozialistische Stimmen ab.

Ein Todesopfer beim Begräbnis des Genossen Wiedenhofer.

Wien, 8. November. (Eigenbericht.) Heute fand die Beisetzung des Genossen Wiedenhofer statt, die sich zu einer riesigen Kundgebung der Metallarbeiter gestaltete. Leider hat sich dabei auch ein großes Unglück ereignet: Ein Auto, in dem drei Betriebsräte der Berndorfer Metallwarenfabrik nach Wien fuhren, ist nachmittags auf einem Schotterhaufen aufgefahren und hat sich überschlagen. Dabei wurde der Hauptvertrauensmann der Berndorfer Metallwarenfabrik, Genosse Brenner, getötet, die beiden andern nur leicht verletzt.

Das englische Kabinett

London, 8. November. Wie gemeldet wird, wird Baldwin, der das Wochenende in Chequers verbringt, am kommenden Dienstag die zweite Liste der neuernannten staatlichen Funktionäre vorlegen. Von jenen Aemtern, die sich in ihrer Bedeutung der Ministerwürde nähern, ist bloß der Kanzlerposten für das Herzogtum Lancaster unbesetzt geblieben. Ferner sind bisher einige andere wichtige Regierungsämter, wie z. B. das Amt des Generalpostmeisters, des Hauptkommissärs für Arbeiten, des Verkehrsministers, des Vorsitzenden des Amtes für Ueberseehandels, des Generalstaatsanwaltes, des Generalzahlmeisters, des Zivilordres, der Admiralität, des Finanzsekretärs, des Schatzamtes und alle Unterstaatssekretärs-Posten unbesetzt geblieben.

die Zeit für die Zusammenlegung Karlsbads mit seinen Vororten zu verlieren.

Die Gründe, die zur Schaffung von Groß-Karlsbad zwingen, sind derart tiefgründig, daß nur Böswilligkeit sie übersehen kann. Karlsbad bildet mit seinen Vororten schon längst ein Siedlungsgebiet. Die alte Stadt hat keinen Platz mehr für neuen Wohnraum.

Die Zukunft des Kurortes bedingt die Eingemeindung und eine Demokratisierung des Kurbetriebes ist ohne sie überhaupt undenkbar. Die Vororte müßten zur Industrialisierung schreiten, wenn sie dauernd nur die Lasten des Kurbetriebes — vor allem die soziale Last, die ihnen daraus erwächst, daß die im Kurorte Beschäftigten im Vorort wohnen und dort zuständig werden — tragen müßten.

In den Vororten befinden sich heute bereits: der Hauptbahnhof, die städtischen Werke (Gas, Wasser, Elektrizität, Wasserkraft usw.), die Realschule, Schießstätte, Sportplätze u. a. m. In einem Vorort steht die neue Keramikschule, in einem Vorort muß die Musikschule verlegt werden.

Bis nun haben sich die Vororte finanziell gehalten, aber wie schwer! Und wie lange noch, wenn nicht entweder die Verbindung mit Karlsbad oder starke Industrialisierung dieser volkreichen Orte kommt. Dabei hat die Stadt Karlsbad eine zuschlagsfähige direkte Steuererleichterung von 2.243.943 Kronen, die Vororte haben eine solche von zusammen nur 474.621 Kronen.

Am allerschwersten wiegen aber die sozialen Gründe für die Eingemeindung, über die noch ein eigener Artikel zu schreiben wäre. Hier sei nur kurz festgestellt, daß die Nichtdurchführung der Eingemeindung der Karlsbader Vor-

orte für hunderte Familien den Verlust der Existenz bedeuten würde — seit einem Jahre schon wird systematisch daran gearbeitet, alle in den Vororten wohnenden städtischen Arbeiter nach und nach zu entlassen; was umso ärger ist, als die meisten dieser seit vielen Jahren (sogar Jahrzehnten) in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter nur des Wohnungsmangels in Karlsbad halber in den Vororten wohnen müssen.

Alles in allem kann gesagt werden, daß in Karlsbad zu jenen allgemeinen Gründen, die vom Standpunkte des Städtebaues, der Verwaltung und des Verkehrs für die politische Zusammenlegung von territorial zusammengeschlossenen Gemeinden sprechen, noch eine ganze Reihe besonderer Gründe wirtschaftlicher, sozialer und aus den Bedingungen des Kurortes stammender Art kommen. Es ist darum wohl anzunehmen, daß die Regierung sich nicht durch das Geschrei der deutschnationalen Kleinbürger noch einmal davon werde abhalten lassen, den Bedürfnissen der Zeit, der Weiterentwicklung Karlsbads als Stadt und Kurort und dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung zu entsprechen, indem sie die von ihr kundgegebene Absicht verwirklicht und Karlsbad mit seinen Vororten zu einer Gemeinde zusammenlegt.

Aus dem Sumpf der KP.

„Die Partei steht fest“.

In Prohuh haben die Kommunisten bereits zwei Organe, die beide denselben Namen — „Straž Lidu“ — tragen und sich in echt kommunistischer Weise beschimpfen. Ein Blatt gibt ein gewisser Volek, das zweite ein gewisser Kamař her aus. Kamař nennt Volek einen Pflaucher und sagt von ihm, daß er in Rußland eine Revolution in allerer Bars und bürgerlichen Langhalsen mitmachte; während die Legionäre ihr Leben einsetzten, habe er Gefrorenes

Švehla: „Die Koalition ist fest“.

Der Ministerpräsident, der sich selbst als Optimist bezeichnet, prophezeit der Koalition lange Lebensdauer.

Ministerpräsident Švehla benützte die Gelegenheit der Beratung des Kapitels „Ministerratspräsidium“ im Budgetausschuß zu einer politischen Rede. Er wies darauf hin, daß er drei Jahre im Namen der Regierung an der Verhandlung des Budgets teilgenommen und zwar sehr gerne. Die Verfolgung der Diskussion ist nicht nur eine Freude, sondern auch von Nutzen für wertvolle Anregungen, die aus der Kritik erwachsen. Die Kritik und die Kontrolle ist eine unbedingte Notwendigkeit in der Demokratie. Jahr für Jahr setzen wir das Budget herab und das ist natürlich keine leichte Arbeit, denn wegzunehmen ist immer schwerer als zuzugeben.

Weder die Regierung, noch die Mehrheit fürchtet die Kritik. Sie wünscht bloß, daß die Kritik sachlich und positiv sei, weil nur eine derartige Kritik von Nutzen ist. Der Ministerpräsident sagt: Stolz verkünde ich: Ich bin ein Optimist, ich war immer ein Optimist, aber mein Optimismus ist keine subjektive Meinung, sondern lehnt sich an objektive Erkenntnisse an. Die Berechtigung meines Optimismus beweist am besten der bevorstehende, der vorjährige und der heutige Staatsvoranschlag. Wir werden alles erfüllen. Steuer haben wir eines der großen sozialen Werke erledigt und so werden wir auch alles andere zu Ende führen. Es ist kein Grund zu Pessimismus und nichts ist ärger, als Mißtrauen zu verbreiten. Die Nation hat ein Recht darauf, daß sie von ihren Führern schöneren Zeiten entgegengebracht wird, weil des Elends schon genug war. Wie oft wurde heuer seit dem Frühjahr die Prophezeiung wiederholt, daß die Koalition auseinandergehen und sterben wird. Aber nicht eine von diesen Prophezeiungen hat sich erfüllt und wird sich, hierfür garantiere ich, erfüllen.

Hadenberg: Wir wünschen der Koalition eine lange Lebensdauer!

Švehla, fortfahrend: Ich danke für den ausgedrückten Wunsch. Ich habe keinen größeren Wunsch, als mich mit der Opposition in der Koalition bei positiver Arbeit zu begegnen. (Heiterkeit.) Alle Gerüchte und Kombinationen über eine drohende Auflösung der Koalition sind unrichtig. Die Majorität ist fest und der Ministerpräsident hofft, daß auch die Opposition fest sei. (Heiterkeit.) Es ist also nach dieser Seite hin keine Ursache zu irgend einem Pessimismus. Schließlich sind auch unrichtig alle Gerüchte über vorzeitige Wahlen. Dies wäre nur eine unzumutbare: Kräftevergeudung und wir brauchen alle Kräfte zu anderen dringenden Arbeiten.

107 Beamte des Außenministeriums entlassen.

Außenminister Dr. Beneš besaß sich mit administrativen Fragen seines Ressorts. Er teilte mit, daß im letzten Jahre 107 Personen aus Ersparungsgründen entlassen wurden. Es handelt sich um Kräfte, von denen es sich herausgestellt, daß sie weniger nützlich seien. Die bei uns verbreitete Legende, daß im Außenministerium Geld herausgeworfen werde, sei falsch. Das Außenministerium ist bestrebt, zu sparen, obzwar unsere ausländischen Vertretungen ärmlich ausgerüstet seien.

und Zuderbäckereien gegessen. Während der ganzen Zeit der Revolution sei Volek hinterm Ofen gesessen und habe sich nur um Pressalien gekümmert. Darauf antwortet Volek dem Kamař, indem er von politischer Lausbüberei und Nechulichem spricht.

Eine andere Nachricht kommt aus Budweis. Im dortigen tschechisch-national-sozialistischen Blatt veröffentlicht der gewesene kommunistische Redakteur Großmann ein offenes Schreiben an den Kreisvollausschuß der kommunistischen Partei, in dem er erklärt, daß er das nationale Programm, das die Kommunisten in Prag akzeptiert haben, nicht annehmen könne und deshalb aus der kommunistischen Partei austrete. Dieser Großmann meldet also seinen Austritt aus der K. P. C. erst, nachdem er schon beim Gegner Unterschluß gefunden hat!

Seute findet die Kreisversammlung der K. P. C. statt. Zu ihrer Begrüßung hat Herr Wehrauch, einer der kommunistischen Hauptfunktionäre dieses Gebietes, in der Samstagigen „Internationale“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich unter anderem auch mit der trostlosen Lage der kommunistischen Presse beschäftigt. Herr Wehrauch behauptet, daß in Allgemeinen die Gegner schuld seien, wenn es der kommunistischen Presse so schlecht geht. Dann fügt er aber hinzu:

„Helfershelfer, in dem Bestreben, die kommunistische Presse mundtot zu machen, finden die Gegner in unseren eigenen Reihen. Nicht geringe Beiträge gehen dadurch verloren, daß Kolporteurs, — also „Genossen“, — inkassierte Gelder unterschlagen und dadurch die Partei der Kampfmittel berauben.“

Solche Unterschlagungen scheinen demnach in der K. P. C. eine allgemeine Erscheinung zu sein. Welches Licht dies auf die Partei wirft, darüber dürfte sich Herr Wehrauch wohl klar sein.

Der Ministerpräsident, der sich selbst als Optimist bezeichnet, prophezeit der Koalition lange Lebensdauer.

Der Minister beantwortet die einzelnen in der Debatte vorgebrachten Fragen und erklärt gegenüber dem Abg. Roudničský, der die Politik Herrniots wegen seines Abbruchs der Beziehungen zum Vatikan angegriffen hatte, daß wir nicht darnach schauen dürfen, welche Partei in den Landes des Verbündeten regiere, sondern darauf, ob die Interessen des verbündeten Staates mit unseren Interessen übereinstimmen. Nur darnach können wir uns richten. Der Minister stimmt mit dem Abg. Dr. Hajn überein, daß in Sachen der „Prager Presse“ Klarheit herrschen müsse. Es handelt sich hier um ein Unternehmen, an dem der Staat gewissermaßen partizipiert. Was die Affäre Bergler anlangt, so ist diese Affäre für den Außenminister erledigt. Ueber die russische Emigration sagt der Minister, daß, so wie alle Finanzkationen, auch die Hilfsaktion für die Emigranten eingeschränkt werden müsse. Neue Gesuche um Unterstützung werden nicht mehr angenommen werden. Sonst helfen wir den schwer geprüften Russen gerne. Es handelt sich bei dieser Hilfe um keine politische Demonstration gegen irgend jemanden.

Der Präsident des Bodenamtes Běškovský besprach innere Fragen seines Ressorts und verteidigte sodann in der bekannten Weise die Politik des Bodenamtes.

Die Arbeitslosenunterstützung.

Bei Beratung des Kapitels „Soziale Fürsorge“ sprach auch Minister Haberman, der nach einer Besprechung des Auswanderungswesens. („Da bei einer Quote von 3073 Auswanderern, bereits über 30.000 Pässe ausgegeben wurden und noch mehrere 10.000 Gesuche bei den politischen Behörden liegen, hat das Ministerium die Ausgabe weiterer Pässe nach Amerika verboten.“) über die Arbeitslosenunterstützung sagte: daß heuer bis Ende September 64 Millionen direkte Unterstützungen, 16 Millionen durch Vermittlung der Betriebe, 36 Millionen den Gemeinden und Korporationen ausbezahlt wurden, welche Rotarbeiten ausführen. Kein europäischer Staat hat, soviel für die Arbeitslosen getan wie wir, sagt der Minister und führt hierfür eine Reihe von Beispielen an. Besonders in Rußland sind die Verhältnisse in dieser Beziehung bedeutend schlimmer. Der Minister konstatiert, daß die Zahl der Arbeitslosen bei uns auf ein Minimum gesunken ist, wie es ja eigentlich gar nicht erwartet wurde.

Dieser Umstand hat die Regierung bedungen, zur Einführung des Genter Systems zu schreiten, das wahrscheinlich am 1. Jänner 1925 eingeführt werden wird.

Die Krankenkassenmiser.

Gesundheitsminister Sramek versichert, daß, bis es gelingt, die staatlichen Finanzen besser zu regeln, den sanitären Institutionen weit mehr gewidmet werden können als jetzt. Was die Krankenhausbefindnisse in Prag an-

belangt, sind die Vorbereitungen bereits getroffen, damit in absehbarer Zeit wenigstens die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden. Zu Beginn des nächsten Frühjahres wird es möglich sein, daß unser staatliches Sanitätsinstitut seine Tätigkeit aufnimmt. Was die Anordnung auf Erbauung eines Krankenhauses auch auf dem linken Moldauser in Prag durch den Staat anbelangt, wird das Ministerium mit der Stadt Prag hierüber verhandeln. Um die staatlichen Bäder auch mittellosen Personen zugänglich zu machen, wird das Ministerium in Pouchitz drei weitere Objekte ankaufen und beabsichtigt, auch in Karlsbad und Marienbad ähnlich vorzugehen.

Inland. Unbelehrbar?

Die Diskussion über die Abstimmung der Opposition von der Budgetberatung in Ausschuß wird lebhafter, aber die Äußerungen der Koalitionspresse zeigen nur, wie sehr den tschechischen Politikern jeder Sinn für wirklichen Parlamentarismus verloren gegangen ist. Alle parlamentarischen Begriffe wurden in ihr Gegenteil verkehrt, wenn sich die „Československa Republika“ zu der hochmütigen Behauptung verlegt, daß die Opposition kein Recht habe, den Vorschlag früher vorgelegt zu erhalten, da sie von vornherein entschlossen sei, ihn abzulehnen. Aber mit Verlaß, hat denn nicht das Parlament Anspruch darauf, den Vorschlag so rechtzeitig zu erhalten, daß er verhandelt werden kann? Denn verhandeln, nicht mechanisch abstimmen ist die Aufgabe des Parlamentes. Wenn die Mehrheit das nicht verstehen will, so unterdrückt sie nicht bloß die Opposition, sondern das Parlament selbst und vernichtet so den Geist der repräsentativen Verfassung.

Die „Československa Republika“ wirkt aber geradezu komisch, wenn sie den oppositionellen Abgeordneten vorhält, daß die Kritik nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht sei, selbst wenn sie ergebnislos wäre. Jahrlang haben wir höhnern gehört, daß die Opposition nichts als kritisieren könne — und jetzt werden wir plötzlich weise belehrt, daß sie nichts anderes dürfe als kritisieren, und daß der Verzicht auf ergebnislose Kritik eine Pflichtverletzung sei. Die Opposition wird sich ihre Pflichten nicht von der Regierungspresse vorschreiben lassen. Wenn die Mehrheit das Parlament herabwürdigt, so ist es Pflicht der Opposition, diese Herabwürdigung nicht mitzumachen, sondern in schärfster Form dagegen zu protestieren.

Niemand belagert es mehr als die Opposition, daß sie diesen Kampf durch Demonstrationen führen muß, statt durch positive Arbeit. Aber wenn sie durch Herabwürdigung des Parlamentes zur Abstimmungsmaschine auf diesen Weg gedrängt wird, so zeigt sich darin nicht, wie das „Česko Slovo“ meint, die völlige Ohnmacht der Opposition, sondern nur die Bedeutungslosigkeit des Parlamentes selbst. Es gibt sicher Kreise, die mit diesem Zustand ganz zufrieden sind. So schreibt die „Rozhodni Politika“, daß zur Unterdrückung einer eventuellen Obstruktion Herr Masata mit seinem Stabe genügen würde. Das ist ganz der preußische Leutnant, der mit Jahr Wonn den Reiztag auseinanderrückt. Und wenn auch dieses Mittel nicht genügen sollte, so muß eben, meint die „R. P.“, die Wahlordnung geändert werden. Der völlige Konterwit der herrschenden Koalition als parlamentarischen Systems ist damit offen eingestanden.

So scheint die Koalition vorläufig unbelehrbar. Aber in Wirklichkeit ist ihr gar nicht wohl in ihrer Haut. Im Budgetausschuß liegen sich die Regierungsparteien tüchtig in den Haaren. Und die „Prager Presse“, gestern noch so herablassend, möchte heute mit ziemlich verworrenem Gesammel die Arbeitsgemeinschaft, besonders die Landbändler, in denen sie mit Unrecht die Initiatoren der verstärkten Opposition vernimmt, gern wieder auf den Weg des Aktivismus locken. Wir fühlen uns nicht berufen, den Deutschbürgerlichen Ratshläge zu erteilen. Aber an die Mehrheit, mit der wir im Kampfe stehen, haben wir eine Frage: Wie wäre es mit einer „aktivistischen“ Politik der Regierung? Mit rechtzeitigem Einbringung ihrer Vorlagen? Mit Heranziehung der Opposition zu wirklichen Verhandlungen? Es sind große Probleme in diesem Staate zu lösen. Herr Masata mit der Parlamentswache wird ihnen nicht gewachsen sein.

Schonungslos preisgegeben.

Die Deutschnationalen prangern die Gelben immer weiter an.

Die Deutschnationalen fahren darin fort, die abtrünnig gewordenen Nationalsozialisten vor aller Welt als verächtliche Kerle vollkommen zu demaskieren. Herr Jung, dessen Person augenblicklich am schärfsten von den Nationalparteilern angegriffen wird, setzt sich im „Tag“ zur Wehr, wo er den „verehrten Großdeutschen“ wegen einer „verleumderischen Behauptung“ und einer „unverschämten Lüge“ die Schläge zurückgeben will. Herr Jung wird Freude haben, wenn ihm die letzte Nummer des deutschnationalen „Volkswort“ zu Gesicht kommt, der am selben Tage, da Jung im „Tag“ zur Abwehr schreitet, folgende Notiz veröffentlicht:

„Herr Abg. Jung gab vorigen Sonntag in mehreren Orten des Ausländens Vorstellungen, wobei er sich als geschickter Phrasen- und Jongleur erwies. Ueber die schwierigsten Fragen wie Kriegsangelegenheiten, die

Die ultragelbe Streifbrehergarde.

Wozu die Arbeiterabteilung der Nationalpartei begründet wurde. „Streifbruch ist nationale Pflicht.“

Bekanntlich wurde von der Partei der Fabrikanten und Unternehmer der deutschen Nationalpartei ein gelbes Pflänzlein gesetzt, das den hochtrabenden Titel „Arbeitnehmergewerkschaft in der deutschen Nationalpartei“ führt. Dieses gelbe Gewächs ist zugleich auch ein Konkurrenzunternehmen gegen die ursprünglichen Gelben, die Hakenkreuzler, die, weil sie ihre Wahlschulden bezahlen sollen, ihren ehemaligen Verbündeten nicht mehr Dredre parieren wollen. Obwohl es von vorher herein klar war, daß der Zweck der „Gewerkschaft“ (daß Gott erbarm!) kein anderer ist als für die deutschnationalparteilichen Fabrikanten und Unternehmer eine Streifbrehergarde zu bilden, ist es dennoch nicht uninteressant, dokumentarisch nachzuweisen, daß man es mit einer ausgesprochenen Streifbrehergardierung zu tun hat.

Bekanntlich stehen die Glasarbeiter des Gaida-Steinschönauer Industriegebietes in einem schweren Kampfe gegen die jümeist deutschnationalen Unternehmer, die nicht nur die Forderung nach einer hundertprozentigen Lohnsteigerung ruidwäng abgelehnt haben, sondern auch von Verhandlungen nichts wissen wollen. Nun gibt es in Gaida auch eine handvoll nationalparteilicher „Gewerkschaftler“, die kein Mensch kennt, und die daher auch kein Mensch beachtet. Diese Söldlinge der Unternehmer hielten nun am 27. Oktober so etwas wie eine Versammlung ab. Wie viele Unternehmer dieser Versammlung beigewohnt haben wissen wir nicht. Aber diese sonderbaren Arbeiter faßten dort einen Beschluß, der jeden Zweifel über ihren Charakter aufhebt. Der dokumentarische Nachweis, daß man es tatsächlich mit einer Streifbrehergardierung zu tun hat, lautet folgendermaßen:

„Ein Streik ist das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampf. Wenn zu diesem letzten Mittel gegriffen wird, müssen alle Vorbedingungen erfüllt sein, vor allem aber alle Berufsangehörigen verständigt und eine Abstimmung vorgenommen werden. Da jedoch weder die Genossenschaft der glasarbeitenden Gewerbe, noch unsere Gewerkschaft gefragt, auf die Heimarbeiterschaft überhaupt keine Rücksicht genommen wurde, ist der Streik, in der auch viele unserer Mitglieder

Einwohnern elf Mandate, während der beinahe sechsmal so große Bezirk Teplitz mit 98.939 Einwohnern 17 Mandate hat. Da die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei die Mehrheit ihrer Mandate in den großen Industriegebieten erhielt, steht unstrittig fest, daß sie nach wie vor die stärkste deutsche Partei genannt werden kann.

Bei den Erneuerungen sind die tschechischen Parteien in krasser Weise bedroht worden. So zum Beispiel wurden im Bezirk Oberplan, welcher 15.358 Deutsche und 216 tschechische Einwohner zählte, den Tschechen ein Mandat, im Bezirk Neubitz mit 16.429 Tschechen und 1069 Deutschen, im Bezirk Wittigau mit 27.293 Tschechen und 2326 Deutschen den Deutschen überhaupt kein Mandat zugewilligt worden ist. Im Bezirk Prachatic-Wallern mit 16.663 Deutschen und 11.634 Tschechen, erhielten die Tschechen den Vorsitzenden und sechs Mandate, die Deutschen den Vorsitzenden-Stellvertreter und fünf Mandate. Im Bezirk Winterberg mit 15.686 Deutschen und 11.786 Tschechen, erhielten die Tschechen den Vorsitzenden-Stellvertreter und fünf Mandate.

Derart krasse, willkürliche Zusammenstellungen der Bezirksverwaltungs-kommissionen könnten nur aus einer ganzen Reihe von Bezirken berichtet werden.

Tages-Neuigkeiten.

Die Klätter.

Ein mustergültiger „Bericht“ des „Tag“.

Steiner Partei kann das, was ihre Gegner über sie sagen, gleichgültiger sein als der österreichischen Sozialdemokratie. Eine in sich so gefestigte Partei hat es nicht nötig, sich mit Gegnern, wie die „Nationalsozialisten“, zu messen. Auch uns kann es einerlei sein, was der „Tag“ über die österreichische Sozialdemokratie sagt. Unsere mächtige Bruderpartei hat es nicht nötig, gegen ihn verteidigt zu werden. Wenn wir den Bericht des „Tag“ über den Salzburger Parteitag einer ausführlichen Betrachtung unterziehen, so geschieht es nur deshalb, weil sich an diesem Bericht, wie selten an einer Frucht der bürgerlichen Presse aufzeigen läßt, wie Größengewahn, Demagogie und Unwissenheit sich paaren können. Warum schreibt zunächst der „Tag“ über den Parteitag? Da die Partei nach dem Bericht des Abg. Starek über eine halbe Million eingeschriebene Mitglieder zählt — 566.000 bei einem Zuwachs von 55.000 — kommt diesem Parteitag nicht nur für Deutschland, sondern auch für das Deutschland des Auslandes immerhin einige Bedeutung zu.

Die Gelben wären wahrscheinlich immerhin froh, wenn sie den Zuwachs der österreichischen Sozialdemokraten jemals als Gesamtstand

hineingezwungen worden sind, abzulehnen. Die Verantwortung haben jene zu tragen, die bei eigener Faust ohne genügende Vorbereitung hervorriefen. Mehrere Versammlungsteilnehmer erklärten, daß sie ihre Arbeit richtig kalkulieren, somit das Auslangen finden und nicht gewillt sind, für Leute, die zu Hundpreisen zu arbeiten gewohnt sind, die Kastauien aus dem Feuer zu holen. Die Arbeiter wurden nach dem vertraglich festgesetzten Lohn, die durch die Feuerung überholt sind, entlassen. D. N.) Die Versammlung beauftragt die der Genossenschaft angehörenden Mitglieder, in der am 29. d. stattfindenden Genossenschaftsversammlung den ablehnenden Standpunkt unserer Gewerkschaft zu begründen. Eine Beteiligung der Heimarbeiterschaft ohne eine einwandfreie Abstimmung unter derselben ist ein Verding.

Die Versammlung ist der Meinung, daß das Uebel, unter dem die gesamte erwerbstätige Bevölkerung leidet, bei der Wurzel gepackt werden muß. Mit allen Mitteln wäre auf die Kräfte der Nachtigall einzurücken, daß die Regierung gegen die Feuerung wirksame Maßnahmen ergreift. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, mit einigen Abgeordneten bei den in Betracht kommenden Ministerien vorzusprechen. Dort muß der Regierung der Ernst der Lage nahegelegt und Abhilfe gefordert werden.

Dieses Bekenntnis dieser deutschnationalen Knechterschaft ist im Organ der Gaidaer deutschnationalen Schmarotzer, dem „Wälder Volksanzeiger“, abgedruckt. Derselbst wird auch erklärt, daß für die Arbeiternehmer-Gewerkschaft der Streik als erledigt erklärt wird, was in gutes Deutsch übersetzt heißt, daß die Gelbklänge entschlossen sind, Streifbrehergardearbeit zu verrichten.

Jedes Wort eines Kommentars erübrigt sich; wenn sich die Gelbklänge selber mit einer geradezu unbeschreiblichen Arroganz als Streifbrehergarde bezeichnen, dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn sie von anständigen Arbeitern nicht anders behandelt werden als wie es Streifbrehergarde verdienen.

in allen deutschen Gebieten Europas erreichen könnten, es käme ihnen dann immerhin noch nicht jene Bedeutung für das deutsche Volk zu, wie der österreichischen Sozialdemokratie.

Die nächste Weisheit ist, daß die österreichische Partei die kommunistische Krise wegen des Attentats auf Stürgkh glücklich überwunden habe; dieser vollendete Blödsinn wird angeblich von „Kennern der Arbeiterbewegung“ behauptet. Nicht minder geistvoll nimmt sich die Bemerkung aus, die österreichischen Genossen seien regierungslüsternd, da sie in einer scharfen Opposition stehen. Dann folgt die Bemerkung, die österreichische Sozialdemokratie sei „seinerzeit“ sicherlich eine „geistig regsame Partei“ gewesen. Dagegen sei sie aber jetzt an den „großen weltpolitischen Fragen achtlos vorübergegangen“ (sie hätte wahrscheinlich über den Bräuhäuspusch reden sollen). Der Kampf der Arbeiterpartei um die Hochschulen bedeutet für die „Arbeiterpartei“ der Schuldnachpresse natürlich nur eine Intrigue jüdischer Studenten. Einfach wundervoll demagogisch ist die Auslegung folgenden Ausspruches von Otto Bauer:

„Das Parteiprogramm unserer Forderungen liest sich heute wie ein Verzeichnis unserer Erregungszustände.“

Aus diesem Ausspruch, dessen Wichtigkeit der „Tag“ wohl gemerkt voll jagte, konstruiert er die Behauptung, daß die Sozialdemokratie versagt habe. Die Hakenkreuzler werden dann allerdings nicht vergessen, denn sie werden niemals das erreichen, was sie wollen!

Otto Bauers politische Prognose, die für Oesterreich das Zweiparteiensystem voraussetzt, dessen Rahmen sich ja in den letzten Wahlen schon ankündigte, ist den Gelben ein Anschlag auf das deutsche Volk, denn Otto Bauer will „der nationalen Bewegung das Grab schaufeln“. Weik also die Sozialdemokratie ihren Vernichtungskampf gegen die großdeutschen Muthelden fortsetze, die den Anschlag an das Reich im Laufe führen und mit Seipel im Bunde Oesterreich an den Völkerbund verschachert haben, schaden sie dem deutschen Volk. Die deutschnationalen Gernegroße wagen in aller Öffentlichkeit zu behaupten, daß ihr Untergang, der doch nur eine Frage weniger Jahre ist, den Untergang der Nation bedeute! Wer liest dieses Zeug und lacht nicht? Wer läßt sich so etwas erzählen und bleibt noch eine Stunde in dieser Partei?!

Schwerer Betriebsunfall in Kallenan. In der Gemischen Fabrik in Kallenan explodierte ein Karbidofen. Der Maschinenmeister Emil Jakob aus Königswert erlitt schwere Verletzungen im Gesichte. Ein Auge wurde vollständig zerstört, das zweite schwer beschädigt.

Ein Gendarm als Helfershelfer im Kampfe gegen eine Gewerkschaft. Bei den letzten Bezirksratswahlen im Ostrauer Revier hatte auch die Union der Bergarbeiter, die insbesondere im Gullschiner Gebiet eine größere Anzahl von Berg-

arbeitern in ihren Reihen organisiert hat, eine Standbenteile aufgestellt. Gegen diese Liste wurde ein Flugblatt ausgegeben, in welchem der Sekretär der Union und der Listenführer beschimpft wurden. Einige von diesen Flugblättern wurden von einem Gendarmen einem Pensionisten mit dem Bemerken übergeben er möge sie unter den Bergarbeitern verbreiten. Das Gendarmeriekommando konnte sich darum interessieren, was die ihm unterstellten Gendarmen in Gullschin unternahm. Nach den Dienstvorschriften gehört es durchaus nicht zur Aufgabe eines Gendarmen, gegen eine bestimmte Liste bei Betriebsratswahlen zu agitieren. Es wäre übrigens auch interessant, zu erfahren, wer dem Gendarmen die Flugblätter zur Verfügung übergeben hat. Das Flugblatt strahlt nur von Beschuldigungen und der betreffende Gendarm hat sich durch die Verbreitung desselben einer Ehrenbeleidigung schuldig gemacht. — Trotz des Streikstreßens, das in Gullschin gegen die Union der Bergarbeiter veranstaltet wird, trotz der Verhörungen auf andere Gebieten, denen die Mitglieder der Union ausgesetzt sind, hat der Ausschuss der Wahlen bewiesen, daß sich die deutschen Bergarbeiter des Gullschiner Gebietes in ihrer Treue zur Union der Bergarbeiter nicht erschüttern lassen.

Gewinnist und Desraudant. Wie aus Secjaditz bei Brüx gemeldet wird, wurden bei dem dort in Bau begriffenen großen Weberswerke Unterschlagungen des mit der Koffinführung betrauten Beamten Franz Jelenka aufgedeckt. Eine stichtige Revision der Kasse ergab einen Fehlbetrag von 102.000, nach einer anderen Meldung von 170.000 K., welche Jelenka seit längerer Zeit in mehreren Eingriffen veruntreut haben dürfte. Jelenka, der in den tschechischen Kreisen Secjaditz eine führende Rolle spielte, und u. a. O. Mann des dortigen Sokol war, wurde verhaftet. Er soll die Unterschlagungen auf die Art verübt haben, daß er öfters Beträge aus der Kasse entnahm und dafür Gutschriften, die auf verschiedenen Namen lauteten, einlegte.

Vier drei Kindern in den Tod. Eine erschütternde Tragödie spielte sich in Hamburg ab. Als ein dort wohnender Arbeiter, dessen Frau sich seit einem Monat im Krankenhaus befindet, am Morgen nach Hause kam, fand er seine Wohnung offenstehend. Es roch stark nach Gas. Seine junge Schwägerin, die ihm den Haushalt führte, war mit seinen drei Kindern im Alter von ein bis vier Jahren ausgegangen. Auf dem Tisch lag ein Zettel, auf dem das Mädchen mitteilte, es habe versucht, den Tod durch Gas zu finden. Weiter war auf die Elbbrücke hingewiesen. Dort fand man am Donnerstag morgen einen leeren Kinderwagen, dessen Rissen noch warm waren. Die junge Pflegerin war, wie sich herausstellte, mit den drei Kindern von der Elbbrücke aus ins Wasser gesprungen. Drei Leichen konnten bereits geborgen werden. Ein Grund für die entsetzliche Tat ist noch nicht bekannt. Streifigkeiten scheinen nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei in der Familie nicht vorgekommen zu sein. Das Mädchen war sehr herzlich.

Die neuen deutschen Geldnoten. Die neuen auf Reichsmark lautenden Noten der zur Goldbank umorganisierten Deutschen Reichsbank werden in den nächsten Wochen zur Ausgabe gelangen. Damit beginnt die vollkommene Liquidation der Billionenscheine, die in kurzer Zeit durchgeführt sein soll; langsam wird die Zurückziehung der Rentenmarktscheine aus dem Verkehr erfolgen. Die neuen Reichsmarkscheine über 10, 20, 50 und 100 Mark befinden sich bereits im Druck, die zu 1000 Reichsmark werden demnächst in Angriff genommen. Die Ausführung der neuen Wertzeichen ist, wie die der Presse vorgelegte Muster ergeben, eine sorgfältige Herstellung, wenn man auch aus technischen Gründen nicht darauf verzichten konnte, das Buchdruckverfahren anstatt des vor dem Kriege üblichen Kupferstichdruckes. Sowohl bei der Wahl des sehr dünnen und schon Papiers wie bei der Anlage der Zeichnung und der Anbringung von Merkmalen zum Schutz gegen Fälschungen hat man sich viel Mühe gegeben. Der Druck ist klar und deutlich, die Rückseite enthält kein ausgeführte Gullischen (Verschlungenen von Ringzeichen in Rosettenform) und eine Reihe anderer Merkmale. Das Papier ist in matten Farbtönen — beim Zehnmarkschein blaugrün, beim Zwanziger gelbbraun, beim Fünfziger lila und beim Hundertter blau im Grundton — gehalten, ist sehr hell und dunkel, so daß eine Nachahmung erschwert ist. Außerdem enthält das Papier im Wasserzeichen das Wort „Reichsbank“ und den Reichsadler. Die Vorderseite der Scheine wird verziert durch Bildnisse des jüngeren Holbein. Unverkennbar ist es, weshalb man immer wieder zu diesen Bildern zurückweist, anstatt auch auf den Geldzeichen die Symbole der Republik und Köpfe von Republikanern zu zeigen, wie es etwa die amerikanischen Dollarnoten tun. Die Scheine haben eine Größe von 75 mal 150 Millimeter beim Zehner steigend um je fünf Millimeter in der Höhe und zehn Millimeter in der Breite, bis zur Größe des Tausenders, der 95 mal 190 Millimeter groß ist.

Genossen, leidet und verbreitet die Arbeiterpresse.

deren schlechten Einlösung seine Partei mit schuldig ist, Sozialversicherung mit ihren großen nationalen Schädigungen und anderes turnte er mit kühnem Sprünge hinüber und schlug den Aufwiesenden soviel Scham ins Gesicht, daß sie ganz betäubt waren. Im übrigen beschäftigt er sich hauptsächlich mit der Nationalpartei, nicht mit den Sozialdemokraten, Kommunisten oder Tschechen, sondern mit der Partei, der er sein Abgeordnetens-Mandat verdankt, wofür die Herren allerdings die auf sie entfallenden Kosten der Wahl noch schuldig sind. Auch der Abg. Dr. Schöllich kam sehr schlecht weg. Wenn die ganze Aufklärungsarbeit des Herrn Jung nur in solchen Reden besteht, die bar sind jedes nationalen Geistes und jedes Verantwortlichkeitsgefühles, wenn damit nur neue Unemöglichkeit in das Volk getragen wird, dann werden die deutschbewußten Bauern des Oberlandes Herrn Jung das nächstemal das Handwerk legen und ihm die Versammlungen gründlich verfallen. Das möge sich dieser Herr zur Warnung dienen lassen.“

Wie wird Herr Jung und Kollegen bei diesem Erguß? Nicht genug, daß man ihnen die gespendeten Mandate und die Wahlschulden immer wieder vorwirft, droht man ihnen noch, wenn sie den Mund aufstun, mit der Faust! Und dies alles im Zeichen des Hakenkreuzes, das beide Teile, Nationalsozialisten und Deutschnationalen, im Schilde, „Tag“ und „Vollstreck“ auf dem Titelblatt führen. Die Fabrikantenpartei geht mit ihren Kuliss, weil sie derzeit nicht Dredre parieren, wirklich scharf ins Gesicht. Das Pack, das sich so gut vertragen hat, schlägt sich jetzt nach Vorbestrafen. Die Arbeiter aber denken sich ihr Teil über die einander würdigen, widerlichen Gefellen.

Ernannte Bezirksverwaltungs-kommissionen.

Im „Sozialdemokrat“ vom 10. Oktober war eine Zusammenstellung von 55 ernannten Bezirksverwaltungs-kommissionen enthalten. Wir bringen nachstehend eine Ergänzung:

Bezirk	Mandate	Ernannte Mitglieder
Kreis Aussig:		
Kuscha	11 1	
Kreis Eger:		
Bad Königswart	11 1	Stellv. J. Kummer.
Kreis Gullschin:		
Kofituitz	11 2	Stellv. Josef Zimmer
Kreis Karlsbad:		
Buchau	11 4	Stellv. Berthold Lahn
Joachimsthal	11 3	Vors. Franz Müller
Blatten	11 4	Vors. Johann Sebot
Kreis Krumau:		
Hohenfurt	11 2	
Ralsching	11 2	Stellv. Adolf Schnelzer
Oberplan	11 3	Stellv. Johann Zsch
Kreis Ries:		
Barthaniß	11 3	Stellv. And. Altmann
Blan	11 2	Stellv. Adolf Zintl
Frauenberg	11 3	Stellv. Karl Großmann
Luschnau	11 3	Stellv. W. Turnwald
Weseritz	11 1	
Kreis Reichenberg:		
Deutsch-Gabel	11 1	Stellv. Wilhelm Wipf
Friedland-Neustadt	17 2	
Gablonz	15 1	
Kreis Teplitz:		
Technitz	11 1	
Teplitz	17 4	Vors. Heinrich Berger
Kreis Trautenau:		
Hohenelbe	13 3	Stellv. Feinr. Boylena
Königinhof	13 1	
Wedeisdorf	11 3	Stellv. Emil Papaf
Kreis Warnsdorf:		
Rumburg	11 4	Stellv. August Bartl

Bisher sind uns aus 90 Bezirken mit deutscher Mehr- oder Minderheit die Resultate bekannt. Insgesamt wurden 1190 Mitglieder ernannt, von denen:

- 229 der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei,
- 68 den Kommunisten,
- 288 dem Bund der Landwirte,
- 45 der Nationalpartei,
- 55 den Nationalsozialisten,
- 76 den Christlichsozialen,
- 31 der Gewerkschaften,
- 10 der deutschen demokratischen Partei,
- 52 der Wahlgenossenschaft,
- 327 den verschiedenen tschechischen Parteien angehören.

Zu Vorsitzenden wurden 27 deutsche Sozialdemokraten, 39 Landwirter, ein Nationalparteilicher, zwei Christlichsozialer, ein Wahlgenossenschaftler und 20 Tschechen ernannt.

Zu Stellvertretern wurden 31 deutsche Sozialdemokraten, 20 Landwirter, sieben Nationalparteiliche, vier Nationalsozialisten, ein Christlichsozialer, zwei Gewerkschaftler, vier Wahlgenossenschaftler und 21 Tschechen ernannt.

Die Anzahl der Mandate gibt allerdings kein richtiges Bild von der Stärke der einzelnen Parteien, da die Ernennungen zum Teil nicht den Wahlergebnissen entsprechend erfolgt sind und die kleinen Landbezirke verhältnismäßig mehr Mandate haben als die großen Industriebezirke. So zum Beispiel hat der Bezirk Kuscha bei 17.952

Luftmordversuch bei Graz. Dieser Tage wurde abends in einem Wald in Judendorf bei Graz eine junge Frau mit schweren Schnittwunden am Hals gehend aufgefunden. Der Unterleib war entblüht und aus der ganzen Stellung war sofort darauf zu schließen, daß die Unglückliche das Opfer eines Luftmordes gewesen war. Sie wurde rasch ins Spital transportiert, wo sich ihre Verletzungen glücklicherweise als zwar schwer, aber nicht tödlich erwiesen. Als sie zu sich gekommen war, gab sie folgendes an: Sie ist die 24jährige, geschiedene Magdalena Soboda. Montag mittags lernte sie einen Unbekannten kennen, mit dem sie, da er ihr 70.000 K gab, in den Wald ging. Dort bestieg sie eine pervertierte Reigenen und brachte ihr im Augenblick der Entfaltung mehrere tiefe Schnittwunden bei. Auf Grund der Personbeschreibung, die die Schwester der von dem Unbekannten gab, wurde er noch in derselben Nacht ausgeforscht und verhaftet. Es ist der ehemalige Wehrmann Karl Dretner, der die Tat auch eingestanden. Man hat sich mit der Person Dretners näher beschäftigt und dabei Anhaltspunkte gefunden, die es nicht ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Dretner der Luftmörder ist, der das achtzehnjährige Dienstmädchen Marie ermordet hat, die am 14. Juli in einem Kornfeld unweit der Reininghauschen Brauerei bei Graz erstickt aufgefunden worden war. Man hat bisher den Schuhmachergehilfen Anton Jelen in Verdacht, der gerade damals die Prostituierte Frieda Strobl in Graz während des Sexualaktes erstickt hatte.

Schwere Autounfälle. Ein schwerer Autounfall ereignete sich auf der Straße zwischen Wolkstein und Wiesenbad in Sachsen. Der Kaufmann Baumann aus Dederan wurde gestern früh von dem Führer eines Lastkraftwagens an der bezeichneten Stelle tot aufgefunden. Der Baumann gehörte kleine Wagen stand quer auf der Straße. Im Fond des Wagens saß, schwerverletzt, der Holzhändler Hubrich, ebenfalls aus Dederan. Er mußte in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus geschafft werden, wo er alsbald nach seiner Einlieferung verstarb. Die Ursache des Unfalles ist unbekannt. Die Polizei ist bemüht, den etwas dunklen Vorfall aufzuklären. — Aus Magdeburg wird gemeldet: Ein Drahtseil-Attentat wurde in der vergangenen Nacht auf der Straße Berlin-Magdeburg verübt. Der Kraftwagen des Kaufmannes Schenlow aus Magdeburg fuhr kurz hinter Genthin gegen ein quer über die Straße gespanntes Drahtseil. Die Geschwindigkeit des Wagens war so stark, daß das Seil zerrissen und damit das Attentat vereitelt wurde. Der Wagen wurde beschädigt, von den Insassen ist aber niemand verletzt worden. Landjäger nahmen die Verfolgung der Täter auf. Bisher konnte nur das Drahtseil gefunden werden, das die Täter, nachdem es zerrissen war, in einem Gebüsch in der Nähe des Tatortes versteckt hatten.

Der Geist der faschistischen Banden. Die in Neapel erscheinende Zeitung „Roma“ meldet folgenden für die Ueberheblichkeit und Gewalttätigkeit faschistischer Jünglinge bezeichnendes Ereignis: „Der Kapitän des italienischen Dampfers „Citta de Salerno“, der zwischen dem Golf von Salerno und Neapel den regelmäßigen Schiffsdienst versieht, hat bei der Hafenbehörde von Neapel Anzeige erstattet, weil am vergangenen Samstag etwa zwanzig Faschisten an Bord seines Dampfers ihn mit Gewalt gezwungen haben, die Fahrt des Dampfers zu unterbrechen und nach Salerno zurückzuführen, um zwei ihrer Kameraden, die dort zurückgeblieben waren, noch abzuholen. Der Dampfer war bereits über zwei Kilometer vom Hafen entfernt als die Faschisten ihre beiden Freunde vernahmten. Sie verlangten deshalb von dem Kapitän, umzukehren und zwangen ihn mit Waffengewalt, sich ihrem Wunsche zu fügen und die zurückgebliebenen Jünglinge noch an Bord zu nehmen. Auch der Watsch rief wurde mit dem Revolver bedroht, bis er sich dazu verband, dem Befehl der Faschisten zu folgen.“ Diese offenkundige Meuterei auf hoher See gibt ein klassisches Beispiel für den Geist der faschistischen Banden.

Gerichtssaal.
Hinter den Kulissen des Münchner Bulles.

Vor dem Amtsgericht München fand am Donnerstag eine Beleidigungsklage des Kommerzienrates und Tabakindustriellen Jenz statt, die sich gegen den verantwortlichen Redakteur des „Miesbacher Anzeiger“, den Vater Stempfle, richtete. Er hatte im März d. J. in einem Artikel „Der große Krumm“ Jenz vorgeworfen, als Einberufer der Bürgerbräu-Versammlung am 8. November 1923 den Generalsekretär Rahr dorthin gelockt zu haben, um Hitler und seinem Kampfbund die Gelegenheit zum Ueberfall zu geben. Der Artikel hatte die Rolle Jenz' mit seiner Zugehörigkeit zur Freimaurerei in Zusammenhang gebracht. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte es als sein gutes journalistisches Recht, die Freimaurerei zu bekämpfen und verwies auf die Tatsache, daß Rahr selbst übertrug, als er die große Versammlung im Bürgerbräu-Keller antraf, weil man mit ihm nur abgemacht hatte in einem kleinen Kreis geladener Gäste zu sprechen. Rahr sei auch nicht von dem Plan unterrichtet gewesen, ihn nach dem Vortrag mit Hitler in der Wohnung des Jenz zum Menzbringern, um eine Veröhnung der Beiden herbeizuführen. Als Rahr davon erfahren hat, habe er diese Zusammenkunft abgelenkt. Eigentümlich sei, daß bis heute die wichtige Frage noch nicht geklärt sei, wer jener kleine Kreis von „vaterländisch“ gesinnten Männern gewesen sei, der die Bürgerbräu-Versammlung vorbereitete und organisierte habe. Der Kläger Jenz gab zunächst Auskunft über seine geldgeberische Tätigkeit in den vater-

ländischen Verbänden und behauptete, daß er auch das erste Geld zur Gründung der Einwohnerversammlung gegeben habe. Niemals habe er aber seine finanzielle Hilfe abhängig gemacht von einem Einfluß auf die vaterländischen Verbände. Auch Herr von Rahr, den er als Freund verehere habe er niemals zu beeinflussen versucht. Die Organisation der Bürgerbräu-Versammlung habe er auf Wunsch des Vorsitzenden von Rahr, dem Chefredakteur „Neuesten Nachrichten“ Gerlich und Cohnmann übernommen, wobei diese Herren ihm gesagt haben sollen, Rahr wolle in einer Versammlung vor den Spitzen der Münchner Erwerbstätigen die Grundsätze seiner Politik darlegen. Darüber habe er sich umso mehr gefreut, als man damals von Rahr selbst kein zusammenhängendes Bild seiner politischen Grundzüge gehabt habe. Die Unterredung zwischen Rahr und Hitler sei ihm von dem Kampfbund-Führer Kriebel vorgezogen worden. Es sei Rumpff, zu behaupten, daß er im Auftrage geheimer Oberer des Freimaurerordens gehandelt habe. Solche Obere gebe es nur in den romanischen Freimaurerlogen.

Als Zeuge war u. a. Rahr geladen. Er hatte aber abgelenkt zu erscheinen, weil er an Bronchitis erkrankt und im übrigen an seine Schweigepflicht gebunden sei. — Der Zeuge Schiedt, von dem die berüchtigte Rede Rahr's stammt, gab an, daß er zusammen mit Gerlich und Cohnmann auf den Gedanken der Versammlung gekommen sei. Da ihm Jenz als bewährter Organisator von Versammlungen bekannt war, hätten sie sich an ihn gewandt und seine Zusage erhalten. — Zeuge Kriebel, der vor dem Amtsgericht in Landsberg vernommen wurde, erklärte, daß der Anstoß zu dem Aussch durch die Ablehnung Rahr's, sich mit Hitler anzuschließen, gekommen sei. — Die übrigen Zeugen Gerlich und Cohnmann und Prof. Alexander von Müller bestätigten die Aussage des Zeugen Schiedt und erklärten, daß der Zweck der ganzen Bürgerbräu-Versammlung gewesen sei, endlich eine Verständigung zwischen den vaterländischen Verbänden herbeizuführen. (Zum Marsch nach Berlin!) D. Red.)

Das Urteil lautete gegen Stempfle wegen Uebeler Nachrede auf 2000 Mark Geldstrafe bezw. 20 Tage Gefängnis.

Volkswirtschaft.
Vom kommunistischen Bauarbeiterverband.

Der Herausgeber des angeblich deutschgeschriebenen Fachblattes des kommunistischen Bauarbeiterverbandes in Prag, Karl Tetenska, sowie der Redakteur Ferdinand Stahn, sollten sich vor einigen Wochen wegen einer Schimpferei gegen den deutschen Bauarbeiterverband und dessen Führer vor Gericht verantworten. Genosse Baumann als Vertreter desselben erklärte vor Eingang in die Verhandlung, daß weder er, noch die anderen Kläger ein Interesse an der Bestrafung der Angeklagten haben. Sofern dieselben zu einer entsprechenden Erklärung bereit seien, wird die Klage zurückgezogen. Die Angeklagten erklärten sich bereit, die Erklärung wurde formuliert und dann veröffentlicht. Diese Tatsache wurde im Fachblatt des deutschen Bauarbeiterverbandes und der Parteipresse festgehalten. Die öffentliche Bekanntgabe dieser mutigen Haltung der zwei Kommunisten, die seelenstolz den Gerichtssaal verließen, weil es durch das Entgegenkommen der Kläger möglich wurde, sich von der Uebernahme der Folgen ihrer Tat zu drücken, hat die Unentwegten scheinbar in große Unruhe versetzt. Was sollen denn die kommunistischen Bauarbeiter von ihren Führern denken, die nicht etwa mit solcher und revolutionärer Geistesart die Erklärung, das Entgegenkommen der reformistischen Amsterdamer von sich wiesen, sondern mit beiden Händen darnach griffen, um nicht in die Gefahr zu kommen, auch nur das bescheidenste und kleinste persönliche Opfer zu bringen. Was sollen sich insbesondere die Reichsberger kommunistischen Bauarbeiter denken, die wegen des Juni-Wurdes tausende Kronen Lohn einbuße hatten, während ihre Führer einen solchen sonderbaren Mut und eine solche eigenartige Aufopferung der revolutionären Bewegung gegenüber zeigten. Tetenska und Stahn versuchen nun in ihrem Fachblatt vom 29. v. M. ihre Haltung bei der Gerichtsverhandlung der gläubigen Moskauer-Gemeinde zu erklären. Sie teilen den aufstrebenden Jüngern mit, daß sie so unklug gewesen sind, solche Schimpfworte zu gebrauchen, für die bei Gericht der Wahrheitsbeweis nicht zulässig ist. In Hintertür werden Beide zweifelsohne vorsichtiger sein und dem kommunistischen Schimpfexzess nur jene Worte entnehmen, für die das Gericht den Wahrheitsbeweis zulassen muß. Die Verantwortung über eine begangene Handlung oder durchgeführten Stumpfsinn wie ein Mann übernehmen zu wollen, daran aber gehindert zu werden, mag besonders für Kommunisten ein schwerer Seelenkampf sein. Tetenska und Stahn plaudern weiter und erklären, daß aber auch dann, wenn das Gericht den Wahrheitsbeweis zugelassen hätte, sie denselben nicht hätten antreten können, weil sie ja durch das Gesetz zum Schutze der Republik daran gehindert werden wären. Die kommunistischen Bauarbeiter werden nach dieser Darstellung einmütig zu der Auffassung gekommen sein, daß ihre Führer im schlimmsten Sinne des Wortes vergewaltigt wurden, denn mutig sein zu wollen und nicht sein zu dürfen, ist schlimm, sehr schlimm. In Wirklichkeit ist natürlich an der ganzen Darstellung kein wahres Wort selbst wenn vom Gericht für 90 Prozent der Schimpferei die Erbringung des Wahrheitsbeweises nicht zugelassen werden wäre, hätten die beiden Angeklagten mit den übriggebliebenen zehn Prozent die reformistischen Amsterdamer vollständig entlarven und brandmarken können. Es ist aber gar nicht soweit gekommen. Da es durch die Annahme des Entgegenkommens der Kläger überhaupt nicht

zur Verhandlung kam, ist und konnte auch vom Gericht keine Entscheidung über die Zulassung oder Ablehnung des Wahrheitsbeweises gefällt werden. Die zwei Kommunisten und ihr Vertreter Dr. Smeral haben auch nicht die leiseste Andeutung über die Erbringung des Wahrheitsbeweises gemacht. Es war eben nichts zu beweisen. Die Angeklagten konnten und wollten auch nichts beweisen. Sie von der Verantwortung und der daraus entstehenden Folgen zu drücken, war das Ziel dieser Fabeln. Eine starke Bestrafung für die blindgläubigen kommunistischen Nachläufer ist es, wenn allen Ernstes versucht wird, diesen einzureden, daß das Gesetz zum Schutze der Republik die Angeklagten verhindert hätte, den Wahrheitsbeweis zu erbringen und die Verantwortung zu übernehmen. Die Klage hat mit diesem Gesetz natürlich nichts zu tun, steht in keinerlei Zusammenhang. Aber vielleicht gerade deshalb, wird den kommunistischen Bauarbeitern diese Mär vorgelesen. Ob dieselben wirklich schon so dumm sind, jeden Stumpfsinn zu glauben? Nachdem nun in der Notiz vom 29. v. M. des langen und breiten erzählt wurde, daß die beiden Angeklagten schon anders gehandelt hätten, wenn nur die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, leisten sich die kommunistischen Schreibereile eine kleine Denunziation. Sie präsentieren sich als gute tschechoslowakische Patrioten, machen die Staatsanwaltschaft auf ein großes Versehen aufmerksam, verweisen auf eine Gelegenheit, wo doch mit dem Gesetze zum Schutze der Republik vorgegangen werden muß. In der Notiz wird behauptet, daß die Führer des deutschen Bauarbeiterverbandes die „tschechischen“ Gerichte nicht anerkennen, wenn es sich um die Wahrung der Rechte der Arbeiter handle. Ein solcher Standpunkt kann nicht anders als ein Verbrechen gegen die Republik und deren Bestand gedeutet werden. Das patriotische Gefühl der Kommunisten wackelt auf, deshalb der jarte Wink an die Behörden. Tetenska und Stahn werden als gute Patrioten gewiß alles daransetzen, daß die Missetäter gefasst, gestraft und für immer unschädlich gemacht werden.

Neue Eigenproduktionen der Großtaufgesellschaft. Vor kurzer Zeit hat die Großtaufgesellschaft die Realitäten und Gurkenkonserverungsanlagen in Znaim, die sie bisher bloß gepachtet hatte, käuflich erworben, so daß der Konserverungsbetrieb von Gurken, Paradeisern, Sauerkraut usw. auf eigenem Grund erheblich ausgestattet werden kann. Anfang Oktober hat die neue Schufabrik der GEC in Reichenberg ihren Betrieb aufgenommen.

Das neue Sozialversicherungsgesetz ist im „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ in deutscher Uebersetzung im Heft Nr. 19 bereits erschienen und zum Preise von 10 K im Buchhandel und beim Verlag des „Prager Archiv“, Panská 12, erhältlich.

Aus der Partei.
Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation in Prag.

Freitag, den 14. November war ein Vortrag des Genossen Friedrich Kuxerly (Wien) geplant, von dem unsere Parteimitglieder bereits per Post verständigt worden sind. Infolge der politischen Ereignisse in Wien kann dieser Vortrag nicht stattfinden.

Die Bezirksexekutive.
An alle Organisationen und Parteipolportreure!

Der Verband des Arbeiterjahrbuches 1925 hat bereits begonnen. Es sind aber aus einzelnen Gebieten noch Bestellungen ausständig. Angesichts der Gefahr, daß die Arbeiter auch dieses Jahr wieder mit bürgerlichem Kalenderbuch überflutet werden, ist es notwendig, daß alle Organisationen, beziehungsweise die Parteipolportreure die benötigte Anzahl von Arbeiterjahrbüchern sofort bei der Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II., Havlíčkovo nám. 32, bestellen.

Die Bezirkskonferenz in Halbe, welche am 2. November nachmittags unter dem Vorhitz des Genossen Bürgermeister stattfand, nahm einen befriedigenden Verlauf. Nach den vorgelegten Jahresberichten nahm die Parteioffiziation einen Aufschwung; die Kassagebarung ist günstig. Die Werbeaktion für die Presse brachte einen Erfolg. Als weiterer Erfolg ist die Ernennung des Genossen Preisler zum Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskommission zu buchen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß vom Kreise östere Kommissarien der Mitglieder der Gemeinde- und Bezirksverwaltungen verabschiedet werden. An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, an der auch in Vertretung der Kreisleitung Abg. Genosse Schwachhart teilnahm. Nach einem Referat des Genossen Kalle wurde die Abhaltung einer Sonntagsschule beschlossen, wobei über die Geschichte der nationalen Kämpfe im materialistischen Lichte und die wirtschaftlichen Kämpfe bis 1918 vorgetragen wird. Referenten die Genossen Franz und Friedmann aus Prag. Auch ist für Anfang 1925 die Veranstaltung eines Referententages angesetzt. In Bezug auf die geplante Bildungsfeier wurde der Standpunkt vertreten, daß im Falle ihrer Annahme den Bezirken ein größerer Betrag zukommen soll. Bei der Neuwahl wurde wieder Gen. Bürgermeister zum Bezirksvertrauensmann gewählt, als Stellvertreter Genosse Preisler. Bei den Organisationsfragen wurde die nötige Win-

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
Meister Optiker Deutsch, Prag.
Graben 21, Kl. Bazar.
1275

Amerikanische Dauerbrandöfen und Kamine. AMERICAN HEATING
A. G. PRAG TEL. 3422
NARODNÍ TR. 33.
1232

Der Sturm des Publikums auf das Lager der Firma Busch, Damen- und Badisch-Konfektion ein großes und in detail, hatte zur Folge, daß das Lager der Firma bereits nach dem 20. Oktober stark gelichtet war. Trotz forciertem Mehrarbeit gelang es der Firma nicht, auch nur dem dringendsten Tagesbedarf nachzukommen, geschweige denn ihr Lager zu ergänzen. Nunmehr hat die Firma Busch ihr Lager wieder komplettiert und erbittet den unverbindlichen Besuch ihrer Lokaltät im ersten Stock des sogenannten großen Bazars, Prag, Biskop 27 (Mitte des Grabens). Die Firma hat keine Schaufenster. 3022

Es überflügelt
durch sein Renommee, seine riesige Wirkung der echte
Diana
Franzbranntwein
mit Menthol

sämtliche ausländischen Erzeugnisse u. Hausmittel. An Nervosität u. Kopfschmerzen Leidende wenden nur eine Massage an, um sich zu erfrischen und ihre ermüdende Tagesarbeit fortsetzen zu können.

Überall erhältlich!
Diana-Franzbranntwein-Produktions-Ges.
Prag VIII., Drobobellova 1073.
Wien II., Engerthstraße 169.

terarbeit besprochen und u. a. die Veranstaltung einer Bücherausstellung im Verein mit den jugendlichen beschloffen. Arbeiter- und Kleinbauernkalender werden vom Bezirke aus bestellt.

Bereinsnachrichten.
Urania.
Wochenprogramm.

Heute, halb 11 Uhr: „Von London nach Konstantinopel“, Kulturfilm.
Heute, 4 Uhr: „Einen Tag und eine Nacht am Aina“ mit Lichtbildern. Fachlehrer Ehm. Komotau.
Montag, 8 Uhr: Kulturfilmporführung.
Montag, 8 Uhr: „Die allgemeine Nährpflicht“ (Die Bekämpfung der Rot). Ing. Karp. Zeply.
Dienstag, 8 Uhr: „Radiobund“.
Mittwoch, 8 Uhr: „Jugend-Rachmittag“ mit Filmvorführungen.
Mittwoch, 6 Uhr: Beginn der neuen medizinischen Vortragsreihe: „Das Kind“. Univ.-Prof. Dr. Großer — Univ.-Prof. Dr. G. A. Wagner. Jpklusarten 20 und 15 K. (Gemeinsam mit dem Akademischen Verein deutscher Mediziner in Prag.)
Freitag, 8 Uhr: „Volles Sang im Lauten Klang“. Zweiter Abend: „Lieder zur Laute“. Else Laura von Wolzogen. Mit neuem Programm.
Samstag, 3 Uhr: Kulturfilmporführung.
Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes Urania“.
Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliedsanmeldungen und Kartenerneuerungen täglich Urania-Bio-Kasse: halb 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr.
Zu dem Konzert Battistini, großer Lucerna-Seal, 17. November (letzte Auftreten in der Öffentlichkeit), ermäßigte Preise für die Mitglieder.
„Von London nach Konstantinopel“.
Urania-Kulturfilmporführungen: Heute halb 11 und Montag 8 Uhr. Luer durch Europa geht die Reise im Flugzeug. An den schönsten Punkten wird Halt gemacht und alles Schöne der Welt besichtigt: London, Paris, Straßburg, Nürnberg, die böhmischen Bäder, Prag, Wien, Bagdad, Bukarest, Sofia, Konstantinopel usw. Karten 3-7, Mitgl. 2-6 K.
Sonderveranstaltung „Urania“:
Agard Ostvig in der Urania! Koncert des berühmten Tenoristen der Wiener Staatsoper: Mittwoch, den 19. November, 8 Uhr. Am Klavier: Dr. Rud. Teller. Karten 30 bis 8 K. Mitglieder Ermäßigung. Urania und Wegler.

„Dran-Hean-Äno“.

Einziges deutsches Kino in Prag. „Der Untergang Trojas“.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Die ordentliche Vollversammlung findet Montag, den 10. November im Karolinum statt.

Kunst und Wissen.

Wagner-Zyklus: „Nibelungenring“, zweiter Abend „Die Walküre“.

Der Werwolf (Gastspiel Claire Wallentin in der Kleinen Bühne).

Konzert Battistini. Battistini wird am 17. November im Lucerna-Saale sein einziges Konzert veranstalten.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Sonntag nachmittag Arbeitervorstellung „Glaube und Heimat“.

Häuser, abends „Gräfin Mariza“, Montag Gastspiel Strad — Ranowarda „Götterdämmerung“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Sonntag nachmittag und abends Die beiden Herren der gnädigen Frau.

Der Film.

Via Orient. Das Programm ist diesmal ganz auf das Lustspiel eingestellt und bietet neben den verschiedenen Monumentalfilmen, die derzeit in Prag laufen, eine wohlthuende Abwechslung.

Turnen und Sport.

Wettspielreflexe. Es gehört zu den unausrottlichen Gepflogenheiten der bürgerlichen Sportvereine, ihre Veranstaltungen stets durch eine Barumreflexe anzukünden.

Herausgeber Dr. Ludwig Eiseh. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert.

Kinderkleiderhaus Ferd. HIRSCH, Prag. Zetelná 14. Filialen: Národní tr. 37, „Plattets“ Teplitz-Schönau, Marktpl. 5, 1 St.

Wintermantel Ratiné (weich) Wintermantel mit Pelzkragen Tanz-Anzüge für Jünglinge

Herrenhandschuh

- Ia. Nappa mit Futter Kč 39.—
Ia. Nappa ohne Futter Kč 34.—
Ia. Trikot mit Futter Kč 8.—

VIGO * Coletná 2 * 3047

Spielt beispielsweise der Teplitzer TSK heute in Prag gegen Viktoria Žilová. In den Voranzeigen zu diesem Wettspiel wird behauptet, daß der TSK dem Prager TSK vollständig gleichwertig sei.

Viktoria liegt es nun, neuerdings das Liebergewicht des tschechischen über den deutschen Fußball zu beweisen. Der Endeffekt wird der sein, daß der TSK bei einer Niederlage dann als „Schatten seiner einstigen Größe“ dastehen wird.

Slavia Prag gegen Slavia Žilová 10:2 (3:0). Meisterschaftsspiel, am Samstag ausgetragen. Ein sportlich wertloses Spiel, bei dem Slavia reichlich hart an den Mann ging.

weil diese am besten, billigsten u. ausgiebigsten ist

(Erhältlich in allen Konsumvereinen!)



Der elegante und moderne Schuh

Ist mit

BERSON-GUMMI-ABSÄTZEN

versehen. Ein Schuh ohne BERSON-GUMMI-ABSATZE ist wie ein Kragen ohne Kravatte.

Piering-Seni u. Essig ist der beste zu haben in allen Konsum-Vereinen

Reine Ansatzhefe mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit, garantiert reines Malzmehl u. feinsten Getreidespiritus als auch Denaturat 11-fert Matscheiner Zucker-, Spiritus- u. Preßhefe-Fabrik der Brüder A. & H. May.

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Verlangen Sie die ährstesten amerikanischen prima Schmelz-Schmalzmarken und schäbsten Speckschmalze „APCC“ und „MORRELL“ Vertreter für die Tschechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.

Kalla's Fischkonserven werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

DER STURM AUF DAS LAGER



und die Verkaufsräume der Firma PRAG-PRÍKOPY (Mitte des Grabens) 27.

Keine Schaufenster — Eingang im Hause

VOLKS-ABTEILUNG

BUSCH

FABRIKS-PREISE MODELL-ABTEILUNG

Wir führen nur in unseren eigenen Werkstätten — nach Pariser und Wiener Modellen — verfertigte Ware.

ist der beste Beweis ihrer Leistungsfähigkeit.

GROSSER BAZAR.

Nur I. Stock.

PELZ-ABTEILUNG